

Vertrag

Brandschutzplanung

Zwischen

Gemeinde Rohrdorf

diese/r vertreten durch

den 1. Bürgermeister Simon Hausstetter
St.-Jakobus-Platz 2
83101 Rohrdorf

nachstehend **Auftraggeber** genannt -

und dem/den

vertreten durch

nachstehend **Auftragnehmer** genannt -

wird für die Baumaßnahme:

**Erweiterung der Grundschule Rohrdorf mit Neuerrichtung einer
Ganztagesbetreuung**

folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gegenstand des Vertrages
§ 2	Bestandteile und Grundlagen des Vertrages
§ 3	Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung
§ 4	Fachlich Beteiligte
§ 5	Personaleinsatz des Auftragnehmers
§ 6	Honorar
§ 7	Nebenkosten
§ 8	Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers
§ 9	Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Brandschutzplanung nach AHO Heft Nr. 17 betreffend den

1.1

- Erweiterung der Grundschule Rohrdorf mit Neuerrichtung einer Ganztagesbetreuung

wobei

- ☒ eine bauliche Anlage (Gebäude oder Ingenieurbauwerk)
- ☐ eine Baumaßnahme, bestehend aus mehreren Objekten (siehe § 1 Nr. 1.1)
- ☒ erweitert, ☐ umgebaut, ☐ modernisiert, ☐ instandgesetzt und/oder, ☐ instandgehalten wird/werden.

§ 2

Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

2.1 Folgende Anlagen sind Vertragsbestandteile:

- Anl. 1 Allgemeine Vertragsbestimmungen (AVB)
- Anl. 2 ZAVB
- ☒ Vergabeunterlagen inkl. Fortschreibung zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung
- ☒ Angebot inkl. Honorarangebot vom

2.2 Darüber hinaus hat der Auftragnehmer u.a. zu beachten:

- die baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften
- die Bestimmungen über Zuwendungen an kommunale Auftraggeber
- die einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen
- die arbeitssicherheitstechnischen Vorschriften (Unfallverhütungsvorschriften)
- die Vergabe- & Vertragsordnung für Bauleistungen VOB
- die Unterschwellenvergabeordnung UVgO
- die vom Bauherrn vorgegebenen einheitlichen Vertragsmuster für die Vergabe von Bauleistungen

2.3 Der Auftragnehmer hat seinen Leistungen zu Grunde zu legen:

- ☒ die bereits zur Ausschreibung übergebenen Unterlagen und Pläne
- ☐ Fachliche Billigung der Reg. v.

2.4 Die Baumaßnahme ist

- ☐ ein verfahrensfreies Bauvorhaben nach Art. 57 BayBO.
- ☐ genehmigungsfrei nach Art. 58 BayBO.

Die Baumaßnahme unterliegt

- ☐ dem Vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach Art. 59 BayBO.
- ☒ dem Genehmigungsverfahren nach Art. 60 BayBO.
- ☐ dem Zustimmungsverfahren nach Art. 73 Abs. 1 BayBO.
- ☐ dem Kenntnissgabeverfahren nach Art. 73 Abs. 4 BayBO.

§ 3

Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung

Dem Auftragnehmer werden mit Vertragsabschluss folgende Unterlagen bereitgestellt:

- 3.1 ☒ die o.g. Dokumente mit aktuellem Stand zum Vertragsschluss

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss

☒ mit der Erbringung der LPH 1 - 4 gemäß Heft 17 Stand Juni 2015 (Leistungsbild, Leistungsumfang Leistungsinhalte und Honorierung)

- 3.2 ~~Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme weitere Leistungen einzeln oder im Ganzen – abzurufen. Der Abruf erfolgt schriftlich unter gleichzeitiger Vereinbarung der Termine und Fristen für diese Leistungen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig auf die Notwendigkeit des Anschlussabrufs hinzuweisen.~~ **entfällt**

- 3.3 ~~Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt; § 14 Nr. 14.1 AVB bleibt unberührt. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.~~ **entfällt**

3.4 **Kosten**

- 3.4.1 Unabhängig von der Beachtung der Projektziele hat der Auftragnehmer bei allen Leistungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht nur in Bezug auf die Baukosten, sondern auch im Hinblick auf den Betrieb des Gebäudes zu beachten. Unter Wahrung der Vorgaben des Auftraggebers sind die künftigen Bau- und Nutzungskosten möglichst gering zu halten; Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die Einsparungen durch absehbare höhere Nutzungskosten (insbesondere Betriebs- und Instandsetzungskosten) unverhältnismäßig gemindert werden.

3.5 **Termine**

- 5.4.1 Vom Auftraggeber bzw. von dem von ihm beauftragten Dritten, hier der Objektplaner Gebäude, erhält der Auftragnehmer einen Zeit- und Ablaufplan. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wird der Auftragnehmer diesen Terminplan in regelmäßigen Abständen überprüfen und, soweit sich die Projektumstände geändert haben, an dessen Fortschreibung mitwirken.

3.6 **Erreichen der Projektziele**

- 3.6.1 Wird erkennbar, dass die Projektziele (Kostenobergrenze, Termine, Qualität der Leistungserfüllung) mit dem Leistungsverlauf nicht erreicht werden können, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu unterrichten und die aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf die Projektziele darzulegen, so dass diese Ziele und insbesondere die Kostenobergrenze doch noch eingehalten werden können.

3.7 **Besprechungen**

- 3.7.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Einladung des Auftraggebers an projektbezogenen Besprechungen teilzunehmen und an Verhandlungen mit Behörden mitzuwirken. Diese Termine sind rechtzeitig abzustimmen. Die Besprechungen sind durch rechtzeitige Übersendung von Unterlagen zu unterstützen. Sofern es sich nicht um Besprechungen handelt, die unter der Leitung der Projektsteuerung stattfinden, fertigt der Auftragnehmer über die Besprechungen und Verhandlungen unverzüglich Niederschriften an und legt sie dem Auftraggeber vor.

3.8 **Übergabe von Unterlagen**

3.8.1 **Graphische Daten (Pläne)**

Der Auftragnehmer hat seine Planunterlagen wie folgt zu übergeben:

- 1 x als Original
- 1 x als pdf-Datei
- 1 x als dxf-Datei / oder dwg-Datei

3.8.2 Sonstige Unterlagen

Der Auftragnehmer hat alle sonstigen Unterlagen in einem Format zu erstellen, das dem Auftraggeber eine Weiterverwendung in digitaler Form erlaubt.

**§ 4
Fachlich Beteiligte**

- 4.1** Die für die Erbringung der übrigen Planungs- und Überwachungs- sowie der Beratungs- und Gutachterleistungen vorgesehenen Unternehmen (Fachlich Beteiligte) werden derzeit noch ermittelt. Sobald diese beauftragt sind, wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer hierzu eine entsprechende Liste übermitteln sowie Änderungen und Ergänzungen zu dieser Liste jeweils zeitnah mitteilen.

**§ 5
Personaleinsatz des Auftragnehmers**

- 5.1** Als fachlich Verantwortliche für die Erbringung der vertraglichen Leistungen werden benannt (Name, Qualifikation):

Projektleitung
Stv. Projektleitung

**§ 6
Honorar**

Für die Vergütung der Brandschutzplanung werden für die Grundleistungen die Honorarermittlung gemäß Heft 17 Stand Juni 2015 sowie die angebotenen Konditionen des [Honorarangebots vom](#) vereinbart.

6.1 Besondere und zusätzliche Leistungen

Nimmt der Auftraggeber über die Grundleistungen hinaus zusätzliche Leistungen in Anspruch, werden diese gem. bezuschlagtem [Honorarangebot vom](#) vergütet.

- optional / Leistungen gem. Ziff. 1. 4 AHO Brandschutz Heft 17 für weitere Leistungen der LPH 6 und LPH 7 nach Bedarf >> € / pro Stunde (netto)

Nimmt der Auftraggeber darüber hinaus noch weitere besondere oder zusätzliche Leistungen in Anspruch, werden diese gem. [Honorarangebot vom](#) vergütet. Falls die Leistungen nach Stundenaufwand vereinbart werden, gelten folgende Stundensätze:

für den Auftragnehmer / Projektleitung	€ / Stunde
für den stellv. Projektleitung	€ / Stunde
für weitere Projektmitarbeit Dipl. Ing. / Master	€ / Stunde
für technische Zeichnung und Projektassistenz:	€ / Stunde

§ 7 Nebenkosten

7.1 Erstattung von Nebenkosten

Die Nebenkosten werden

- 7.2 ☒ insgesamt pauschal mit v. H. vom Nettohonorar erstattet.
Hierin sind Versandkosten und Kosten für Datenübertragungen, Kosten für schriftliche Unterlagen (ausgenommen Vervielfältigung von Pläne und Baueingabeunterlagen, diese werden vom Bauherrn direkt vergütet) sowie sämtliche Fahrtkosten und Reisezeiten zum Ort des Auftraggebers zu Besprechungsterminen und zur Wahrnehmung der Bauüberwachung (Jour Fixe, Planerbesprechungen, etc.) enthalten.

7.3 Erstattung von zusätzlichen Reisekosten

Bei Erstattung von zusätzlichen Reisekosten auf Einzelnachweis ist das Bayerische Reisekostengesetz anzuwenden. Reisen zu Lasten des Auftraggebers müssen vorher mit diesem abgestimmt werden. Die Erstattung der Reisekosten ist unter Beifügung der Originalbelege innerhalb einer Ausschlussfrist von 6 Monaten schriftlich geltend zu machen. Die Reisekostennachweise sind dem Auftraggeber wöchentlich zur Gegenzeichnung zuzuleiten.

§ 8 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

- 8.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers nach § 16 AVB müssen mindestens betragen:

Für Personenschäden 1.500.000 €

Für sonstige Schäden 500.000 €

§ 9 Ergänzende Vereinbarungen

- 9.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf Verlangen des Auftraggebers rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeiten eine Verpflichtungserklärung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 02. März 1974 -BGBl. I S. 469 ff. / 547 - in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung über die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz vor der vom Auftraggeber dafür anzugebenden zuständigen Stelle abzugeben. Er hat dafür zu sorgen, dass ggf. auch seine, mit den Leistungen fachlich betrauten Beschäftigten gegenüber dem Auftraggeber ebenfalls rechtzeitig eine solche Verpflichtungserklärung vor der zuständigen Stelle abgeben.

Auftraggeber:	Auftragnehmer:
.....
(Ort/Datum)	(Ort/Datum)
.....
(Unterschrift)	(Unterschrift) / zur Angebotsabgabe in Textform